

Walter Hain  
Kefedergundgasse 5  
1210 Wien

per Mail an:  
[w.hain.phffbtwetv@foi.fragdenstaat.at](mailto:w.hain.phffbtwetv@foi.fragdenstaat.at)

BMK - I/PR3 (Recht und Koordination)  
[pr3@bmk.gv.at](mailto:pr3@bmk.gv.at)

**Mag. Julia Hackl**  
Sachbearbeiter/in

[julia.hackl@bmk.gv.at](mailto:julia.hackl@bmk.gv.at)  
+43 (1) 71162 65 7436  
Postanschrift: Postfach 201, 1000 Wien  
Büroanschrift: Radetzkystraße 2, 1030 Wien

E-Mail-Antworten sind bitte unter Anführung  
der Geschäftszahl an oben angeführte E-Mail-  
Adresse zu richten.

Geschäftszahl: 2020-0.562.906

Wien, 27. Oktober 2020

## **Betreff: Anfrage nach dem Auskunftspflicht- gesetz zu „CO2 / Klima / Bevölkerung [#2028]“**

Sehr geehrter Herr Hain,

zu Ihrem, mit 31.08.2020 eingelangtem Schreiben mit o.a. Betreff teilt das Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie in Entsprechung des § 1 Abs. 1 iVm § 3, 1. Satz Auskunftspflichtgesetz, wie folgt mit:

Seit dem Höchstwert im Jahr 2005 konnte in Österreich ein sinkender Trend der Treibhausgasemissionen festgestellt werden und die forcierte Umsetzung der Klimaschutzmaßnahmen aus dem Regierungsprogramm wird diesen Trend in den nächsten Jahren deutlich verstärken.

Das Bevölkerungswachstum war in der Vergangenheit einer der Gründe für die steigenden Treibhausgasemissionen. In Zukunft geht es vor allem darum, das Bevölkerungswachstum von den Emissionen zu entkoppeln, etwa durch den schrittweisen Ersatz fossiler Energieträger durch erneuerbare und durch Steigerung der Energieeffizienz. Ziel muss sein, dass - so wie bei der in der Österreich bereits gelungenen Entkopplung von Wirtschaftswachstum (BIP) und Treibhausgasemissionen – eine mögliche weitere Bevölkerungszunahme nicht zu steigenden Emissionen führt.

Um Entwicklungsländern zu helfen, mit den negativen Folgen der Klimakrise zurechtzukommen, hat Österreich beispielsweise seinen Beitrag zum Grünen Klimafonds verfünffacht und stellt in den nächsten vier Jahren insgesamt 130 Mio € zur Verfügung. Diese Mittel sind gut eingesetzt, um den Menschen in den von der Klimakrise am schwersten betroffenen Regionen

dieser Welt ein menschenwürdiges Dasein zu ermöglichen und damit die Abwanderung hintan zu halten.

Bezüglich Ihrer übermittelten Fragen,

- Was gedenkt Österreich in dieser Sache zu unternehmen?
- Sind Förderungen für Mittel zur Empfängnisverhütung vorgesehen?
- Gibt es dazu steuerliche Erleichterungen?
- Gibt es Schwangerschaftsunterbrechungen auf Krankenschein?
- Gibt es entsprechende medizinische Eingriffe (Vasektomie) auch beim Mann auf Krankenschein?
- Wie steht es mit dem Verbot von künstlicher Herbeiführung von Schwangerschaften (Leihmutterschaft, etc.) und dem Verbot von Samenbanken.

darf Ihnen mitgeteilt werden, dass diese mangels sachlicher Zuständigkeit gem. §1 Abs. 1 AuskunftspflichtG iVm § 2 BMG nicht beantwortet werden können, da sie nicht in den Wirkungsbereich des BMK fallen.

Mit freundlichen Grüßen

Für die Bundesministerin:

Mag. Evelyn Schögl